



UNVERKEHRT.DE

Politik und mehr aus Kalletal und Lippe



Rechtswidrige Abzocke mit Abwassergebühren in NRW (und in den meisten Städten und Gemeinden in Lippe – auch in Kalletal) (Teil2)

Die Verantwortung der Ratsfrauen und Ratsmänner

In Teil 1 haben wir ausführlich darüber berichtet, mit welchen Methoden viele Städte und Gemeinden in NRW die Kanalbenutzungsgebühren zu einer rechtswidrigen Einnahmequelle gemacht haben und warum das OVG

Münster aufgrund einer Musterklage des Bund der Steuerzahler NRW diese Abzocke nun endlich beendet hat.

Die Städte und Gemeinden sind aufgerufen, möglichst schnell und rückwirkend ihre Gebührenkalkulationen zu überarbeiten. Denn sie wussten sehr genau, was sie taten.

Auf unverkehrt.de haben wir schon mehrfach über diese Machenschaften berichtet.

Haken hinter, fertig.

So könnte man die Beratungen und Beschlüsse des Fachausschusses und des Rates in Kalletal zum Thema Kanalbenutzungs-gebühr in dem letzten Jahrzehnt und darüber hinaus zusammenfassen. Ein Blick in die Niederschriften spricht eine deutliche Sprache.

Die Kanalbenutzungs-gebühren wurden 2021, 2020, 2019, 2018, 2017, 2016 und

einstimmig

(mit Bürgermeister)

beschlossen. Und **alle** wussten, dass mit den zu hohen kalkulatorischen Zinsen erhebliche ungerechtfertigte Gewinne kassiert werden.



Diese Gewinne **von über eine halbe Millionen Euro/a** haben Jahr für Jahr dazu gedient, so manche „Spielwiese“ für Wahlkämpfe aller Art (BM und Rat) zu finanzieren. Da das OVG Münster über einen Bescheid aus dem Jahr 2017 entschieden hat, sollte man erwarten, dass den Bürgern ab 2018 die zu Unrecht erhobenen Gebühren erstattet und die Kanalbenutzungsgebühren zukünftig gesenkt werden. Auf der Seite des Bund der Steuerzahler NRW ist u.a. zu diesem Thema folgendes zu lesen: *(siehe auch Hintergrundinformationen)*

„Jahrelang sind die Bürger in diesen Kommunen bei den Abwassergebühren zu hoch belastet worden“, so Rik Steinheuer, Vorsitzender des BdSt NRW, „da sollte es selbstverständlich sein, dass jetzt alle Gebührenzahler ihr Geld zurückbekommen und nicht nur diejenigen, die rechtzeitig Rechtsmittel eingelegt haben. Wer auf die Gültigkeit von Gebührenbescheiden vertraut, darf am Ende nicht bestraft werden.“

Das Vertrauen in eine ordnungsgemäße Verwaltung wird nachhaltig erschüttert, wenn die betroffenen Kommunen sich jetzt nicht bürgerfreundlich verhalten.

Zurzeit scheinen die Städte und Gemeinden in Lippe und auch Kalletal nicht geneigt, die zu Unrecht erhobenen Gebührenanteile zurückzuerstatten.

Im Gegenteil: Der Lemgoer Kämmerer denkt laut LZ schon über andere Abschreibungsmodelle oder über eine Erhöhung der Grundsteuer B nach, um die kommenden Haushaltslöcher zu stopfen. Angeblich trifft das den gleichen Personenkreis, was natürlich bezüglich der finanziellen Auswirkungen nur zu einem kleinen Teil zutrifft.

Der Kalletaler Kämmerer ist da noch dreister. Für 2022 wurden vorsorglich schon mal in der Kalkulation die geringfügig gesenkten kalkulatorischen Zinsen durch erheblich höhere Verwaltungskostenbeiträge ersetzt. *(siehe hierzu Unverkehrt.de, Archiv, Die unversiegbare Einnahmequelle...)* Die hierdurch erzielten Gewinne wurden und werden zur Haushaltssanierung benutzt. Hier sind wohl weitere kreative Erhöhungsideen zu befürchten.

Und was sagen die von uns gewählten Volksvertreter in Kalletal dazu?

Nichts, sie schweigen!

Keine Partei äußert sich.

Keine Nachfrage.

Kein Antrag an die Verwaltung auf Rückzahlung.

Dabei haben es alle gewusst, dass die Gebühren - vorsichtig ausgedrückt - „Abzocke der Bürger“ waren und noch sind.

Sehr geehrte Gebührenschuldner/Zahler, wenden Sie sich an die Politik.



Stellen Sie Anträge auf Rückerstattung an die Gemeinde. *(Musterantrag auf unverkehrt.de)*

Sprechen Sie Ihr örtliches Ratsmitglied auf diese Missstände an.

Fordern Sie die Parteien auf, Anträge zur Beratung zur Rückerstattung zu stellen.

(Die Ansprechpartner der Parteien finden Sie auf der Internetseite der Gemeinde)
(HB12082022)